
3787/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 13.12.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Henrike Brandstötter, Mag. Martina Künsberg Sarre,
Kolleginnen und Kollegen**

betreffend Digitale Zeitungsangebote für Schüler:innen

In der neuen Qualitätsjournalismusförderung der Regierung findet sich auch ein Topf für die Förderung von Medienkompetenz. Dieser ist mit insgesamt 700.000 Euro pro Jahr dotiert. Davon entfallen 350.000 Euro auf die Verteilung kostenfreier Abonnements. Im Bundesgesetz über die Förderung des qualitativollen Journalismus in Medien des Print- und Online-Bereichs steht unter anderem, dass „repräsentative, österreichweit mit Schulen kooperierende Einrichtungen, deren überwiegender Zweck darin besteht, im Unterricht die Vermittlung der Bedeutung des Lesens von Printprodukten und deren digitalen Ausgaben oder Angeboten zum Erwerb von Übersicht, Urteils- und Handlungsvermögen zu fördern, (...) um Fördermittel nach diesem Abschnitt ansuchen“ können (§12). Sollten Schulen für sie kostenfreie Abonnements von Zeitungen oder Magazinen erhalten, so werden diese den Verlagshäusern mit 20% des jeweils regulären Kaufpreises abgegolten.

Studien zeigen eindeutig, dass die Förderung von Medienkompetenz dabei hilft, dass sich Menschen – egal welcher Altersgruppe – besser im digitalen Raum zurechtfinden und besser mit Fake News oder Desinformation umgehen können bzw. diese auch besser von seriösen Angeboten unterscheiden können. Die Gefahr durch Desinformation und Fake News wird leider immer größer. Die aktuellen globalen Krisen zeigen, dass wir auch in einem Informationskrieg leben, der sich quer durch soziale Medien zieht und von "alternativen Medien" befeuert wird. Deshalb ist es jetzt besonders, dass junge Menschen Zugang zu Qualitätsmedien haben und auch dadurch Medienkompetenz erlernen. Aus diesem Grund halten wir es für essentiell, dass Medien, die Qualitätsjournalismusförderung erhalten, auch ihre Digitalangebote einfach und effizient für Schüler:innen bereitstellen können. Aus dem Benutzer:innenverhalten vieler junger Menschen wissen wir, dass Onlineausgaben von Medien viel stärker genutzt werden als deren E-Paper. Technisch ist das Aufheben der Paywall, zum Beispiel durch das Einloggen im Schulnetzwerk, auch einfach umsetzbar. Es geht also darum, dass die digitalen Angebote, wie sie vom Gesetz erfasst werden, Einzug in die heimischen Schulen halten. Zugleich wird durch einen Zugang via Schul-WLAN sichergestellt, dass die Schüler:innen nur in den Schulräumlichkeiten die digitalen Inhalte kostenfrei konsumieren können. Alle anderen Varianten würden sonst dazu führen, dass ganze Familien ihre Abos abbestellen, weil sie durch ihre Kinder ohnehin kostenfrei mit Medien versorgt werden.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bundesminister für Bildung sowie den Vertreter:innen von "MISCHA – Medien in Schule und Ausbildung" eine österreichweite Lösung für Schulen zu entwickeln, damit die Schüler:innen an den jeweiligen Schulstandorten auf die Online-Angebote der Tageszeitungen zugreifen können."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuss vorgeschlagen.